

An die Mitglieder  
in der SPD Region Hannover

Hannover, 14. März 2008

Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen,

Glaubwürdigkeit ist nicht nur in der Politik ein hohes Gut. Doch Glaubwürdigkeit ist ohne Ehrlichkeit nicht zu haben. Das gilt für alle. Egal ob als Einzelpersonen, oder Repräsentanten wichtiger gesellschaftlicher Gruppen wie Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen – aber eben auch politischen Parteien. Dass in Deutschland häufig mit zweierlei Maß gemessen wird, wissen wir. Mit Sorge beobachte ich deshalb, wie vehement Moral, Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit als Werte an sich gerade **die** von der SPD einfordern, die als Personen, Parteien oder Medien allen Grund zur Selbstkritik hätten.

Deshalb plädiere ich dafür, dass die SPD und ihre Mitglieder sich darauf besinnen, dass innerparteiliche Konfliktbewältigung stets mit der Verantwortung für die Zukunft der Partei insgesamt erfolgt. Respekt ist deshalb denen zu zollen, die nach dem Vorstoß von Kurt Beck vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg und Vorgängen um die Regierungsbildung in Hessen intern kritisch zu Wort gemeldet haben. Sie und die Mitglieder der SPD Region Hannover haben einen Anspruch auf eine Positionsbeschreibung zu den zentralen Punkten der aktuellen Diskussion. Im Kern geht es um die Fragen Glaubwürdigkeit, veränderte Parteienlandschaft, politisch- inhaltliche Profilbildung der SPD und Regierungs- und Gestaltungsoptionen in Bund, Ländern und Kommunen. Dazu haben wir uns positioniert.

Auf meiner Homepage habe ich dazu unter [www.heinrich-aller.de](http://www.heinrich-aller.de) u. a. ausgeführt:

*Offen ist die Frage, wessen Glaubwürdigkeit am Ende des Tages auf dem Spiel steht! Beck hat sich erklärt. Der SPD-Vorstand und Parteirat haben mit überwältigen Mehrheiten Position bezogen. Ypsilanti musste die Konsequenzen ziehen. – Doch die Diskussion wird weiter gehen. Aber die Frage nach der Glaubwürdigkeit wird jetzt auch anderen zu stellen sein: Da kann sich ein Koch aufs Weitermachen einrichten, der seine Landtagswahl verloren und keine Regierungsmehrheit zustande bringt. Das ist derselbe Koch, dem die Medien den millionenschweren Parteispenskandal haben durchgehen lassen.*

Im Grundsatz ist der Unterbezirksbeirat der SPD Region Hannover am 10. März diesen Überlegungen gefolgt. Er hat sich dabei auf die mit großer Mehrheit vom Bundesvorstand und dem Parteirat – dem höchsten Gremium der Partei zwischen Parteitagen – verabschiedeten Beschluss gestützt, der nach Kurt Becks Rückkehr im Parteivorstand in folgendem Wortlaut bestätigt wurde;

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 25. Februar 2008

**1. Der Parteivorstand stellt fest:**

- Die SPD in Hamburg hat um 3,6 Prozentpunkte zugelegt und damit mit ihrem Spitzenkandidaten Michael Naumann ein sehr gutes Wahlergebnis erreicht. Von Beust hat seine absolute Mehrheit verloren und sein Wahlziel einer schwarz/gelben Mehrheit verfehlt.
- Die SPD-Niedersachsen hat zwar ihr Wahlziel nicht erreicht, dennoch schnell Tritt gefasst und sich im Interesse des Landes als starke Opposition aufgestellt.

- Die SPD-Hessen hat einen hervorragenden Wahlerfolg erzielt. Die Menschen in Hessen wollen einen Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten. Sie wollen einen Wechsel von Stil und Inhalt der Politik.

### **2. Der Parteivorstand begrüßt und unterstreicht die Haltung der SPD Hessen**

- Erneut - nach der Hamburg-Wahl - das Gespräch mit den Grünen und der FDP zu suchen. Die FDP steht in der Verantwortung in konstruktive Gespräche zur Bildung einer stabilen handlungsfähigen Regierung für Hessen einzutreten.
- Die SPD-Hessen erstellt in den nächsten Tagen einen Mindestbedingungskatalog, um weitere Sondierungsgespräche mit den Grünen, der FDP und der CDU zu entwickeln. Ein Verzicht von Roland Koch auf das Amt des Ministerpräsidenten ist eine dieser Bedingungen.
- Solange die dezimierte CDU-Regierung geschäftsführend im Amt bleibt, wird die SPD ihrem Wählerauftrag gerecht, indem sie wichtige inhaltliche Entscheidungen vorschlägt und durchzusetzen versucht. Schnittmengen mit Grünen und FDP sind erkennbar, die einen solchen Weg ermöglichen.
- Sollte es nicht zu einer Koalition kommen, wird die SPD-Hessen entscheiden, ob und ggf. wann sich Andrea Ypsilanti im Landtag zur Wahl stellt.

### **3. Der SPD-Parteivorstand bekräftigt:**

Die „Linke“ im Bund

- weist in zentralen Fragen der Politik unüberbrückbare Gegensätze zur SPD auf, insbesondere in der Außen-, Sicherheits-, Finanz- und Wirtschaftspolitik.
- ist ohne Programm, also unberechenbar
- hat eine Mitgliedsstruktur, die eine verantwortliche Regierungsarbeit unmöglich macht. Darunter sind auch DKP-Mitglieder. Damit ist die unabdingbare Verbindung von Demokratie und Freiheit nicht geklärt.

Die SPD will eine den Grundsätzen der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtete Politik. Sie will wirtschaftlichen Erfolg, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zusammenfügen. Dabei geht es um realistische Vorschläge in einer globalisierten Welt. Wir kämpfen um die solidarische Mehrheit.

Diese Beschlusslage schließt ausdrücklich ein, dass die SPD in ihren Gliederungen ihr Verhältnis zu anderen Parteien, vor allem bei denkbaren Koalitionen oder eventueller Zusammenarbeit - zumal mit der „Linken“ - gründlich diskutiert, bewertet und entscheidet. Der Vorschlag einer Mitgliederbefragung wird nicht einmal mehr von denen aus Niedersachsen weiter verfolgt, denen in den Medien ein solcher Schritt zugeschrieben worden ist. – In der SPD-Landtagsfraktion ist diese Klarstellung auf meine Intervention erfolgt. Gegen den Parteiratsbeschluss hat es keine Einrede gegeben. Klargestellt worden ist auch, dass in Niedersachsen zurzeit noch die Bezirke und nicht der Landesverband für grundsätzliche Fragen der innerparteilichen Willensbildung zuständig sind.

Zurzeit wird die Debatte um die künftige politische Farbelehre stark auf das Thema SPD/„Linke“ verkürzt. Unter Ausklammerung inhaltlicher und regierungsstrategischer Aspekte wird die Diskussion zu Lasten der SPD auf „Glaubwürdigkeitsfrage“ reduziert. Da wird eine hessische Genossin medial und m. E. in der eigenen Partei abgefeiert, deren Verhalten in jedem Ortsverein als klarer Verstoß gegen Mehrheitsbeschlüsse verstanden würde. Die SPD muss aufpassen, dass sie ihre eigenen „Spielregeln“ für solidarisches Handeln nicht aufs Spiel setzt.

Dazu habe ich in meinem o.a. Artikel ausgeführt:

*Es ist eine Allianz der Scheinheiligen, die in den Redaktionen der Medien mit unterschiedlicher Ellemessen. Traurig nur, dass immer wieder die SPD den Prügelknaben spielen muss. Wie glaubwürdig sind eigentlich die Darmstädter Abgeordnete, die heimtückische Gegenstimme in Schleswig-Holstein oder die anonymen Steigbügelhalter, die seinerzeit Ernst Albrecht an die Macht gebracht haben? Warum geben sie nicht einfach unter dem Beifall der Medien ihr Mandat an die SPD zurück, ohne die sie niemals Abgeordnete geworden wären?*

*Bereits vor den Wahlen in Niedersachsen, Hessen, Hamburg und zuletzt in Bayern klar, dass die „Linke“ zumindest mittelfristig als realer politischer Faktor in die deutsche Politik einbezogen werden müsste. Sie ist im Bundestag, ist in den neuen Bundesländern eine feste Größe, stellt Abgeordnete in der Regionsversammlung Hannover, hat in Bayern den „Einstieg“ in Räte und Kreistage erreicht und regiert in Berlin sogar mit. Das sind Fakten, die zu einer glaubwürdigen Analyse der aktuellen Situation dazu gehören.*

Die SPD macht es sich selbst immer wieder schwer. Statt nach dem insgesamt gelungenen Bundesparteitag mit der Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms den programmatischen Vorsprung gegenüber allen anderen Parteien auch für die Anfang 2008 anstehenden drei Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg und die Kommunalwahl in Bayern zu nutzen, hat sich unsere Partei gleich mehrfach selbst ein Bein gestellt.

Im Kern hat die SPD-Führung die strategische Auseinandersetzung um die mittel- und langfristige Regierungsfähigkeit mit erkennbar notwendigen Bündnispartnern falsch eingeschätzt. Dabei hat sich spätestens nach der von der SPD aber auch von SPD/ Grünen-Regierungskoalition knapp verlorenen Bundestagswahl gezeigt, wohin Negierung der „Linken“ in den Parlamenten führen würde. Denn auch die von Konservativen und Neoliberalen geradezu herbei geschriebene CDU/CSU/FDP-Allianz erreichte keine Regierungsmehrheit. Die Bildung der Großen Koalition ergab sich nach den Block-Festlegungen der potentiellen Koalitionspartner im Wahlkampf als mathematisch geradezu zwangsläufig. Sie blieb unter den Mehrheitsbedingungen als einzige - politisch eigentlich von keiner der „Altparteien“ gewollte - Lösung übrig.

Niemand stellt heute mehr die Frage nach der Glaubwürdigkeit aller Parteien. Gemessen an den im Wahlkampf fixierten Unvereinbarkeiten wie und pro und kontra Mehrwertsteuererhöhung, Bürgerversicherung versus Kopfpauschale ja oder nein zur Abschaffung der Gewerbesteuer, Bündnistreue und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Da parteiübergreifend nur fest stand, dass die „Linke“ auf keinen Fall z. B. bei einer Minderheitsregierung über eine Regierungsbildung mitentscheiden sollte, und Neuwahlen kategorisch ausgeschlossen wurden, blieb nur die Große Koalition aus SPD und CDU. Diese Position war allein aus guten außenpolitischen Gründen und wegen in sich widersprüchlicher programmatischer Aussagen der neuen Partei gerechtfertigt.

Es kann keinen Zweifel daran geben, dass Merkel und die CDU den Glaubwürdigkeitsverlust in Folge der Politik der großen Koalition wegen der Zurechnung der Erfolge bisher besser verkraftet hat als die SPD. Diese Entwicklung war voraussehbar. Die Konsequenzen, die die SPD jetzt für sich gezogen hat, sind in der Rückschau leicht zu kritisieren. Schon vor und auf dem Hamburger Parteitag ist die Frage „Wie breit aufgestellt und links darf oder muss die SPD nach der Ära Schröder sein, um als Partei programmatisch profiliert regierungsfähig zu bleiben.“

Die vier Wahlen nach dem Hamburger Parteitag haben für die „Linke“ ein gewisses Maß an Erfolg gebracht. Sie hat sich bei niedriger Wahlbeteiligung erst einmal weiter etabliert und ist in allen Bundesländern politische Realität. Fest steht, dass die Politik der Tabuisierung der „Linken“ eher genutzt als geschadet hat. Dabei spielt es keine Rolle, dass sie teilweise als politische Trittbrettfahrerin aufgetreten ist. Es war vorauszusehen, dass die SPD nach dem Kurswechsel von Kurt Beck auf der Zielgeraden vor der Hamburg-Wahl und der dramatischen Entwicklung in Hessen zur Zielscheibe medialer Kritik werden würde. Die Frage jedoch, warum das Thema Glaubwürdigkeit nur und ausschließlich auf die SPD projiziert wird, wirft einige Fragen auf.

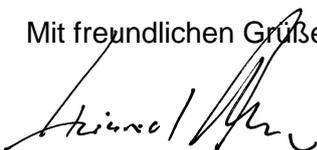
Dazu steht auf [www.heinrich-aller.de](http://www.heinrich-aller.de):

*Am Ende haben Beck und die SPD doch Recht: Die SPD will und wird weiter Politik gestalten. Deshalb muss sich die SPD dem Kartell auf Regierungsmacht rechts von der Mitte widersetzen. Sie darf sich nicht auf Dauer von scheinheiligen Allianzen und durch Tabuisierung von Koalitionen an Regierungsbildungen hindern lassen. Klar ist jedoch: Wer mit den Sozialdemokraten regieren will, muss die SPD-Programmatik akzeptieren ....*

**... und die haben Parteivorstand und Partei treffend so zusammengefasst:**

***Die SPD will eine den Grundsätzen der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtete Politik. Sie will wirtschaftlichen Erfolg, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zusammenfügen. Dabei geht es um realistische Vorschläge in einer globalisierten Welt. Wir kämpfen um die solidarische Mehrheit.***

Mit freundlichen Grüßen



Heinrich Aller, MdL  
- Vorsitzender -